30 Jahre 1989: Die doppeldeutige Revolution | Blätter für deutsche und internationale Politik

Geschichte

30 Jahre 1989: Die doppeldeutige Revolution



Foto: Berlin, Demonstration am 4. November", (cropped), Bernd Settnik, „Bundesarchiv Bild 183-1989-1104-437, CC-BY-SA 3.0

von Jens Reich

Für die politischen Ereignisse, die im Herbst 1989 ihren Anfang nahmen und nach einem turbulenten Jahr am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt zur Bundesrepublik das Ende der DDR besiegelten, haben sich in der kollektiven Wahrnehmung zwei konkurrierende Bezeichnungen und ein weltweit anerkanntes Ereignis von symbolischer Wirkung festgesetzt. „Wende" und „Friedliche Revolution" sind die beiden Sammelbezeichnungen, und das symbolische Ereignis ist der „Fall der Mauer" am 9. November 1989. Alle drei Begriffe haben in den drei Jahrzehnten seither neben ihrem faktischen Inhalt einen propagandistischen Beigeschmack bekommen.

Das Wort „Wende" hat eine nicht aufhaltbare Karriere im Sprachgebrauch gemacht, weil es in der Alltagssprache kurz und geschmeidig den Bezug auf die Zeit vor und die nach 1990 herzustellen gestattet: „vor der Wende" und „nach der Wende". Viele Zeitgenossen von damals, mich eingeschlossen, finden das ärgerlich, weil das Wort, das vor 1989 in der Bundesrepublik der Kohl-Ära im politischen Sprachgebrauch war, von den ums politische Überleben ringenden SED-Machthabern (Egon Krenz vor allem) als Vorspiegelung einer das System rettenden Kurskorrektur übernommen wurde. Das Volk wollte mit einer solchen Wende definitiv nichts zu tun haben, und der Volksmund (schon vor Christa Wolf in ihrer Rede vom 4. November) nannte die solche friedlichen Reformen beteuernden Genossen „Wendehals". Zufällig war der Spechtvogel Wendehals 1988 von Ornithologen zum Vogel des Jahres ausgerufen worden, und das lieferte dem Karikaturisten der „Zeit" die Anregung zu einer hoch amüsanten Karikatur. Sie stellte einen im gezackten Loch der Berliner Mauer sitzenden, stark gerupften Vogel mit der unverkennbaren Physiognomie des Egon Krenz dar: „Wendehals, Vogel des Jahres".

Seitdem bemühen sich Aktivisten der damaligen Umwälzung ebenso wie Journalisten und Zeithistoriker darum, anstelle der Wende die umständliche Fügung „Friedliche Revolution" als den Sachverhalt treffende Bezeichnung in den kollektiven Sprachgebrauch zu integrieren. Auch diese Wendung hat unverkennbar überredende Absicht. „Friedlich" im Sinne von „friedfertig" war die Volkserhebung gewiss nicht, „gewaltfrei" wäre das passende Adjektiv, und ob es tatsächlich eine Revolution gewesen ist, darüber streiten die Theoretiker bis heute. Wer in der DDR zur Schule gegangen ist und danach noch weiter Zeitung gelesen hat, begreift unter diesem Schlüsselbegriff der marxistischen Lehre (mit dem paradigmatischen Beispiel der Großen Französischen Revolution von 1789) eine gewaltsame (!) Umwälzung der grundlegenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse und der zugehörigen Staatsstruktur und damit des gesamten Überbaus, also der gesellschaftlichen und kulturellen Lebensverhältnisse der Bevölkerung eines Landes. Dass so etwas 1989 stattgehabt hat, wird wohl jeder intuitiv bestätigen, der zur Bevölkerung dieses Staates gehört hat, ungeachtet jeder politologischen Interpretation.

Bleibt man bei der marxistischen Staatsdoktrin, dann wird man allerdings vielleicht eher der Bezeichnung „Konterrevolution" zustimmen müssen, denn intuitives Ziel und erreichtes Ergebnis der Volksbewegung war definitiv nicht die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern die Wiederherstellung einer vormaligen, näherungsweise vielleicht des Weimarer Systems. Dass es die Übernahme der gesamten gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik werden würde, und nicht allein ihres Wohlstands, hatten vielleicht manche von Anfang an im Sinn, waren jedoch später besorgt und hätten gern manches Gewohnte behalten. Anders kann ich mir jedenfalls den Stoßseufzer nicht erklären, den ich nach 1990 oft gehört habe, als es Realität wurde: „Dafür haben wir die Revolution nicht gemacht!"

Mit „Fall der Mauer" ist das eigentliche Ereignis ebenso unklar beschrieben. Die Mauer fiel ja gar nicht, metaphorisch begriffen, durch Einwirkung des Volkes um (wie in der Bibel bei Josua 6:20: „Da erhob das Volk ein großes Kriegsgeschrei, und man blies die Posaunen. Da fiel die Mauer um...") – das Verdienst für die Öffnung am 9. November kommt vielmehr Günter Schabowski zu („sofort, unverzüglich..."), sowie dem Grenzpolizisten Harald Jäger („Wir fluten jetzt!"). Das revolutionäre Volk verhielt sich brav und versprach: „Wir kommen zurück!", ließ sich den Ausweis zur vermeintlichen Dauer-Ausreise stempeln und inspizierte den Westen.

Wir sind das und/oder ein Volk

Ähnlich doppeldeutig stehen die beiden berühmten, damals vor allem in Leipzig gerufenen Losungen „Wir sind das Volk" und, Wochen danach: „Wir sind ein Volk". Der erste Slogan lässt sich sehr energisch von einer anonymen Menge skandieren, mit deutlichem Akzent auf dem alle vereinigenden „Wir", und er suggeriert die Fortsetzung „...und nicht ihr da oben, ihr SED-Bonzen und Blockflöten!". Beim zweiten Slogan ergibt sich kein solcher taktgerechter Rhythmus, weil die Betonung auf das Wort „ein", das als Variation des ersten auftrat, sich nicht einstellen will – der zweite Satz rumpelt vielmehr synkopierend dahin. Skandiert man den zweiten Satz so energisch wie den ersten, dann verkrümelt sich das unbetonte „ein" in die Umgebung von „ein beliebiges" und lässt unartikuliert zurück, dass bereits damals die tendenzielle Spaltung bestand zwischen denen im „einigen Volk", die den Beitritt sofort und bedingungslos wollten, und den anderen, die sich ihm gegenüber zögernd oder sogar ablehnend verhielten.

Diese Doppeldeutigkeit wohnte dem umstürzenden Aufbruch von Anfang an inne. Die widersprüchlichen Begriffspaare „Oben-Unten", „Ost-West" „Umwälzung-Kurskorrektur", „liberal-illiberal" waren in jenen Wochen alle gleichzeitig handlungswirksam vorhanden, aber eine Entscheidung wurde vertagt und bis heute nicht eingelöst. Im Gegenteil: Nachdem die Hängestellung eine Dekade lang beruhigt erschien, brechen nun, im dreißigsten Jahr danach, die Widersprüche als Feldzeichen politischer Gegensätze wieder auf.

Drängten die Fordernden und Handelnden damals mit dem Ruf „Wir sind ein Volk" auf Öffnung der Mauern, auf Sprengung der Grenzen, nach Freiheit, „ins Offene", so skandieren sie heute wieder „Wir sind das Volk" (und diesmal nicht „ein Volk") und meinen neue Abgrenzung und Ausgrenzung, Wiederherstellung von Kontrolle und Ablehnung jeglicher Veränderung, wie sie die globale Entgrenzung mit sich bringt. Die vehemente öffentliche Zurückweisung von Bewegungen wie AfD und Pegida durch eine Mehrheit der Bevölkerung bedeutet auch, dass man die im eigenen politischen Denken vorhandenen ambivalenten Tendenzen verdrängen möchte.

Gerade die im Osten politisch erwachsen Gewordenen leben heute mit zwiespältigen Tendenzen: Damals war die Mehrheit vehement für die schnelle Wiedervereinigung, heute gilt sie als von der Bonner Elite übergestülpt. Analog unterstützen heute die meisten, dass Flüchtlinge aufgenommen werden, aber meinen gleich darauf, dass der anstehende globale Flüchtlingsstrom eingegrenzt werden müsse, um das prekäre Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit nicht zu gefährden. Fehlende Sicherheit bezieht sich dabei sowohl auf global entstehende Zumutungen wie auf intern aufgebrochene soziale und politische Konflikte.

Neue Krisen, neue Polarisierungen

Vor zehn Jahren, also zum 20. Jubiläum des Herbstes 89, konnte man meinen und habe auch ich gemeint, dass die mehr oder weniger gelungene Revolution zur Vergangenheit gehöre, alle Messen gelesen und ihr Kanon in zahllosen Büchern, Zeitschriftenartikeln und Audio- und Videodokumentationen niedergelegt wäre. Der gewaltlose Volksaufstand habe im Osten die Bürgerfreiheiten und Menschenrechte wiederhergestellt und im Übrigen eine Gesellschaft gebildet, die sich mental und in ihrer Wirtschaftsverfassung dem Vorbild der Bundesrepublik West langsam annähere. Die politische Willensbildung und ihre Realisierung liefe weitgehend über die Parteien, die aus der Zivilgesellschaft Wünsche und Forderungen aufnähmen, diese auf Durchführbarkeit und Mehrheitsfähigkeit prüften und gegebenenfalls über Parlamente und Regierungen realisierten. Offen blieb allerdings die Frage, ob diese Demokratie wirklich stabil wäre, wenn es zu ernsten gesellschaftlichen Krisen käme.

Krisen, von außen hineingetragene wie intern entstandene, haben wir seitdem in der Tat zahlreich erlebt. Und von grundlegenden Lösungen sind wir weit entfernt: Die Träger des politischen Handlungsmandats „fahren auf Sicht", versuchen unbefriedigende Kompromisse und schieben die prinzipiellen Entscheidungen dilatorisch in die Zukunft.

Die politische Stimmung im Wahlvolk tendiert derweil zu je einem von zwei kaum zu vermittelnden Polen: einerseits liberal, menschenrechts- und bürgerfreiheitlich gesinnt, weltoffen, einwanderungsfreundlich, reformgläubig und Europa-affin und andererseits autoritär, nationalbewusst, migrationskritisch, abgrenzungs- und kontrollorientiert. Für die einen hat der Staat als Hauptaufgabe, die Freiheit des Individuums zu gewährleisten, während die anderen die Herstellung von Sicherheit und Ordnung für vorrangig erklären. Hinsichtlich der die Zukunft entscheidenden ökologischen Frage halten die einen radikalen Umbau der die Biosphäre als Ganzes gefährdenden Lebensweise für notwendig, meist ohne sich der einschneidenden Konsequenzen für das eigene Leben bewusst zu werden. Andere bestreiten die Krise oder halten sie für nicht beeinflussbar oder meinen auch, dass wenn eine ausbräche, sie durch technische Erfindungen und Maßnahmen durch „Wachstum", ohne Verzicht, aufzulösen sei.

Der mentale Graben zwischen den beiden Tendenzen prägt sich im Gebiet der vormaligen DDR am deutlichsten aus. So deutlich, dass es schwierig wird, handlungsfähige Landesregierungen und teilweise auch kommunale

politische Verwaltungen zu bilden.

Der Vorschein mentaler Gräben

Im Rückblick auf das Epochenjahr 1989 kann ich sagen, dass der Graben bereits damals deutlich merkbar vorhanden war. Nicht in den politisch aktiven bürgerbewegten Gruppen, die fast ausschließlich links oder liberal oder beides waren. Auch nicht unter denen, die später zur Gruppe der Nichtwähler wurden, wo eher die autoritäre Tendenz verdeckt vorhanden war. Doch in den großen Demonstrationen waren beide Tendenzen da, und sie haben ja auch den Umschlag seit dem späteren Oktober bis zum Jahresende von „Wir sind das Volk" in „Wir sind ein Volk" katalysiert.

Auch im Neuen Forum, in dem ich selbst ein Aktivist war, habe ich oft politische Überzeugungen (etwa zur Abtreibungsfrage, zum Scheidungsrecht oder zum Bildungskonzept) gehört, die heute eindeutig ins Pegida- oder AfD-Feld gehören würden. Solche Meinungsverschiedenheiten waren in den Herbstmonaten noch „Nebenwidersprüche", die uns nicht von dem gemeinsamen Bestreben nach Abschaffung des Unterdrückungsstaates und der Herstellung von Freiheitsrechten ablenkten. Später traten sie deutlich in den Fokus und wurden für das Neue Forum, dessen Unterstützer sehr breit regional und über alle sozialen Schichten verteilt waren, zu einer der zentralen Ursachen für den Zerfall der Bewegung.

Den Gründungsmitgliedern des Neuen Forum ist ja oft vorgeworfen worden, dass ihr Proklamationstext kein politisches Programm, sondern ein naiv-romantisches Wunschverzeichnis gewesen sei. Das trifft zu, und als Mitautor bekenne ich mich dazu, dass dies die ausdrückliche Absicht gewesen ist. Ich war einige Wochen vor der eigentlichen Gründung von Bärbel Bohley zu einem Vorbereitungsgespräch gebeten worden (dabei waren noch Erika Drees, Katja Havemann und Rolf Henrich), wo wir wieder einmal wie schon des Öfteren zuvor über eine politische Aktion beraten wollten. Wir einigten uns auf ein Manifest, das ganz bestimmte Merkmale beinhalten müsste. Es sollte ein Aufruf sein zur Bildung eines legalen Vereins (genau zitiert wurde die Verordnung über Gründung und Tätigkeit von Vereinen von 1975), für angstfreien offenen Bürgerdialog über dringende konkrete Fragen in der gesellschaftlichen Entwicklung, mit Gesprächszielen, die von jedem nachdenklichen Menschen unterstützt werden können, selbst wenn sie nicht unmittelbar realistisch sind (als eine Art Kurzzeitvision), ohne vorherige polarisierende Festlegung auf eine politische Tendenz und ohne abgewetzte Politsprache, also in verständlichem Deutsch gehalten, und unterzeichnet mit vollem Namen, Wohnort und Beruf, von Personen aus der ganzen Republik (nicht nur aus Berlin und anderen Großstädten) – gerichtet als Aufforderung zur Unterstützung oder Mitarbeit an Personen, darunter möglichst viele Frauen, „aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen".

Eine Revolution mit der Bahnsteigkarte

Just zwei Monate vor dem „Fall der Mauer", am Wochenende vom 9./10. September 1989, versammelten sich dann 30 Personen in Grünheide bei Berlin, im Bungalow des verstorbenen Dissidenten Robert Havemann, und diskutierten intensiv über den Aufruf. Einige von uns hatten Textentwürfe vorbereitet, die debattiert und in Endfassung gebracht wurden. Dann wurde eine Seite auf der Schreibmaschine mit wenigen Durchschlagblättern erstellt und wir verabredeten uns auf Anfang Dezember, um das Echo des Aufrufs in den bürgerbewegten Kreisen zu besprechen. Bärbel Bohley und Katja Havemann nahmen die angefertigten Exemplare an sich und kündigten an, sie an die Presseagenturen in der DDR und im Westen zur Veröffentlichung weiterzuleiten.

Das Datum der „Wiedervorlage" – eben Anfang Dezember – zeigt an, dass wir nicht die kleinste Vorahnung von dem Mobilisierungseffekt des Aufrufs und den dann folgenden Ereignissen hatten. Alle Unterzeichnenden waren mit ihrem Wohnsitz über die ganze DDR verteilt, und alle wurden in den kommenden Wochen von einem Ansturm von Menschen „überrannt", die sich mit dem Aufruf solidarisierten und zum Teil sofort den Aufnahmeantrag zum Verein unterzeichnen wollten. Ihre Anzahl überstieg republikweit schnell, im Laufe von zwei Wochen, mehrere Tausend, Anfang Oktober dann mehrere Zehntausend, und bis zum Jahresende erreichte sie die 200 000er Marke.[1]

Für die unerwartete Lawine der Mobilisierung gab es einige auslösende Momente, die uns bei der Abfassung nur zum Teil bewusst gewesen sind. Ein wesentlicher Faktor war die angesichts der absoluten behördlichen Kontrolle eigentlich skurrile Idee des Rechtsanwalts Rolf Henrich, einen Verein legal beantragen zu wollen. Sie erinnert an Lenins Diktum, dass die deutschen Revolutionäre eine Bahnsteigkarte lösen, bevor sie einen Bahnhof stürmen. In der Tat wissen wir aus vielen Äußerungen, dass vorsichtige Gemüter dann zur Unterzeichnung und Weitergabe motiviert wurden, wenn wir ihnen die legale Intention erläuterten.

Ein weiterer Faktor war der betont unpolitisch formulierte Text der Proklamation, in dem der subversive Charakter nur gelegentlich angedeutet wurde (beispielsweise „Wir wollen vor Gewalt beschützt sein, ohne einen Staat von Spitzeln und Bütteln ertragen zu müssen"). Der Text enthält auch keinen ausdrücklichen Angriff auf das Unterdrückungsregime. Das Wort „Sozialismus", über dessen Reform und Verwirklichung die von den anderen oppositionellen Bürgerbewegungen publizierten Papiere zur gleichen Zeit handelten, hatten wir nach kontroverser Diskussion nicht in den Text aufgenommen. Es war zu sehr diskreditiert. Der Aufruf enthält sich schließlich auch einer Kritik an der Staatspartei SED – zu dem Zeitpunkt glaubten noch viele, dass kritisch gesinnte jüngere Parteimitglieder am großen Dialog teilnehmen könnten.

Im Ergebnis hat wohl gerade der vorsichtig harmlos formulierte Text sehr viele zögernde Menschen ermuntert, aus ihrem Schneckenhaus herauszukommen und sich einer wachsenden Bewegung anzuschließen. Ihre

Ängstlichkeit und Vorsicht waren wohlbegründet. Schließlich war die Erinnerung an den blutigen 17. Juni genauso gegenwärtig wie an den Krieg der Sowjetarmee gegen Budapest im Herbst 1956 und an die Okkupation Prags 1968. Den Bürgerkrieg der Armee gegen das Volk im Polen der 80er Jahre hatten manche aus eigener Anschauung und viele aus den Reportagen des West-Fernsehens wahrgenommen. Zudem hing das Massaker vom 4. Juni 1989 auf dem Pekinger Tiananmen-Platz stets als drohende Wolke am politischen Himmel.

Eben noch treibende Kraft, morgen schon Geschlagene

Und doch zeigte sich auch hier die ganze Doppeldeutigkeit der umstürzenden Ereignisse. Wir, die wir eben noch deren treibende Kraft gewesen waren, fanden uns schon wenige Monate später, bei den letzten Volkskammerwahlen, als demokratisch Geschlagene an den Katzentischen der zukünftigen Politikmacher wieder, eben als Opposition.

Eine revolutionäre Situation gibt es dann, so lautet Lenins andere Weisheit, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Das Nicht-mehr-Können war offensichtlich die betrübte Stimmung sowohl im ZK am Werderschen Markt als auch für kurze Zeit im Moskauer Kreml – was höchst erstaunlich ist, da doch die politischen Werkzeuge und immense militärische Macht im Anschlag lagen. Gorbatschows Gegner im Politbüro hätten seinen Sturz nur einige Monate eher betreiben und die Breschnew-Doktrin beleben müssen, dann hätte der wirtschaftliche und politische Niedergang des Ostblocks einen ganz anderen Verlauf nehmen können. Zur Auflösung der Mauer wäre es wohl ohnehin gekommen, aber zum politischen Kollaps der DDR ebenso wie des Ostblocks?

Ein radikaler Richtungswechsel ist möglich!

Das allerdings sind bloße What-if-Spekulationen. Eindeutig ist jedenfalls, was die Bevölkerung nicht mehr ertragen wollte. Schon damals war jedoch weit weniger klar, was „die unten" im ganzen Ostblock wie in der DDR stattdessen wollten. Heute hingegen, mit der zunehmenden Zerrissenheit der Bevölkerungen dieser Länder zeigt sich die ganze Doppeldeutigkeit der damaligen Ereignisse. Einen echten Epochenwechsel in Richtung auf eine stabile demokratische Verfassung in allen im Zuge der Umwälzung im Ostblock entstandenen 15 neuen und wiedererstandenen fünf älteren Nationalstaaten mag man die Ereignisse um das Jahr 1989 heute, 30 Jahre später, nicht mehr nennen. In zahlreichen dieser Staaten treten ähnlich wie in der Ex-DDR autoritäre neonationalistische und xenophobe Strömungen auf und zeigen analoge Tendenzen wie in den westlichen Demokratien. Vom Ende der Geschichte und dem Sieg des Westens kann heute weniger denn je die Rede sein. Die globale Konfrontation im Kalten Krieg hat sich in ein Gewirr von lokalen, keineswegs kalten Konfrontationen weltweit transformiert.

Während diese auf die Gegenwart und die Vergangenheit gerichteten, oft also reaktionären Bewegungen die Aufmerksamkeit beherrschen, wird die heranreifende Krise der Zukunft verdrängt. Es droht nicht allein ein wärmeres Klima mit allen Konsequenzen. Es droht vielmehr ein Kollaps der Biosphäre auf dem durch exzessive Nutzung der Ressourcen und ungehemmter Akkumulation prekärer Endprodukte überlasteten Planeten.

Um diesen Kollaps noch zu verhindern, bedarf es einer grundlegenden, radikalen Umsteuerung der gesamten Lebenstätigkeit von Homo sapiens, so formuliere ich es als Biologe. Sehr viele Menschen bezweifeln, dass dies erreichbar ist. Doch immerhin hat das Jahr 1989 uns gelehrt, dass ein plötzlicher, unerwarteter, radikaler Richtungswechsel im Bereich der Möglichkeiten liegt, wenn „die Idee zur materiellen Gewalt wird, weil sie die Massen ergreift". Diese Hoffnung möchte ich nicht als bloße Illusion erwiesen sehen.

---

[1] Da uns die heutigen digitalen Verbreitungsmethoden vor 30 Jahren nicht zur Verfügung standen, wurde das Papier unzählige Male abgetippt und weitergereicht. Büros der Kirchenverwaltungen im Lande hatten Kopiergeräte von damals noch sehr begrenzter Leistungsfähigkeit, von denen einige für die illegale Vervielfältigung des politischen Papiers eingesetzt wurden. Für eine sorgfältige Erfassung der Antragsteller fehlten uns die Mittel. In Berlin verfügten wir zum Beispiel lediglich über einen einzigen der damals noch sehr embryonalen PCs (illegal von Sympathisanten aus West-Berlin importiert).

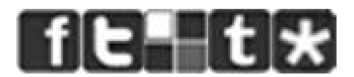
(aus: »Blätter« 11/2019, Seite 77-84)
Themen: Geschichte, Ostdeutschland und Soziale Bewegungen

Produktiver, grüner, friedlicher? Inhaltsübersicht Die deutsche Schocktherapie

---

Diesen Artikel weiterempfehlen

Wählen Sie ein Soziales Netzwerk aus:



Weitere Artikel aus dem Dossier »30 Jahre 1989«:

- **Gunter Hofmann**: Willy Brandt und die Europäische Revolution
- **Dick Howard**: Revolution und Anti-Politik. Reflexionen über 1989
- **Jens Reich**: Die Revolution ist tot - lebt die Demokratie?
- **Bärbel Bohley**: An den Widerständen in diesem Lande bin ich ICH geworden
- **Adam Michnik**, **Friedrich Schorlemmer**, **Gert Weisskirchen**, **Jiri Dienstbier**, **Jiri Grusa**, **Lionel Jospin**, **Oskar Negt**: Von '68 nach '89 - Gespräch
- **Michael Lühmann**: Leipzig, 9. Oktober ´89: Der Wendepunkt

Weitere Artikel von Jens Reich in den »Blättern«:

- **Ausgabe 6/2011:** Im Zweifel für die Frau
- **Ausgabe 9/2009:** Die Revolution ist tot - lebt die Demokratie?
- **Ausgabe 5/2003:** Jenseits verfestigter Ressentiments und Hassgefühle
- **Ausgabe 1/2002:** Der Import menschlicher embryonaler Stammzellen

Folgende Artikel zum Thema »Geschichte« könnten Sie ebenfalls interessieren:

- **Christoph Fleischmann**: Der Prediger des guten Kapitalismus
- **Uli Gellermann**: Wie das Ende der DDR geplant wurde
- **Günter Morsch**: Geschichte als Waffe
- **Franziska Augstein**: Von der Waffe der Kritik zur Kritik mit der Waffe
- Till Eulenspiegel der friedlichen Revolution
- **Otto Köhler**: Der Amoklauf der Erika Steinbach